

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: R. Großmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitschrift oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kollmar 10 und Kirchplatz 8.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren  
Städten Deutschlands: H. Mosse, Haasenstein & Vogler  
G. L. Daube, Invalidentank. Berlin Bernh. Arndt, Max  
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greiswald G. Illies,  
Halle a. S. J. B. Bock & Co. Hamburg Joh. Nöbels, A.  
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-  
furt a. M. Heine, Eisler, Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

### Deutschland.

**Berlin, 14. April.** An mehreren Stellen wird mit Rücksicht auf die allgemein erwartete Auflösung des Reichstages zum Vergleich auf die Vorgänge des Jahres 1887 hingewiesen. Damals erfolgte die Auflösung gleich nach der ersten entscheidenden Abstimmung der zweiten Lesung. Diesmal, so wird berichtet, solle erst das Ergebnis der zweiten Lesung überhaupt abgewartet werden. Es muß dahin gestellt bleiben, mit welcher Wahrscheinlichkeit diese Vermutung zutrifft. Einen Zweck hat die Verlängerung der Verhandlungen wohl kaum, wenn die Regierung dabei beharrt, daß nichts zu Stande kommen könne. Nach der Verfassung müssen 60 Tage und die Neubildung des Reichstages spätestens 90 Tage nach der Auflösung erfolgen. Im Jahre 1887 erfolgten die Neuwahlen bereits 38 Tage nach der Auflösung und die Einberufung des Reichstages 11 Tage später, noch ehe die Stichwahlen beendet waren, was damals dem Abg. Windthorst Anlaß zum Widerspruch gab, freilich ohne Erfolg. Unter Berücksichtigung dieser Termine könnte, wenn der Reichstag jetzt Anfang Mai aufgelöst wird, der neue Reichstag schon im Juni d. J. wieder zusammen treten.

Die „Nat.-Lib. Corr.“ schreibt: Von den offiziellen Aussagen zur Militärvorlage hat schon die Bemerkung der „Nordd. Allg. Ztg.“, daß der Vermögensvergleich zwar ganz gemäß dem Ziele dieser Vorlage zutreffe, aber nicht allein einer Erweiterung, sondern auch einer Vertiefung bedürfe, eine besondere Beachtung gefunden, und sie würde dieselbe auch unzeitighaft verdienen, wenn man sie als ein Anzeichen auffassen dürfte, daß die Regierung nunmehr endlich aus ihren starren Zurückhaltung herausgetreten werde. Herrn von Bennigsen ist es nicht in den Sinn gekommen, seinen Vorschlag als das allein Richtige zu betrachten; er hat ihn vielmehr lediglich als einen Versuch bezeichnet, um zu einer Verständigung zu gelangen. Scheiterte dieser Versuch, so war damit noch keineswegs ausgeschlossen, daß die Verständigung in anderer Weise erfolgreicher angebahnt würde. Was diese Aussicht auf meisten getrieben hat, war eben die rein absehbende Haltung der Regierung. Graf Caprivi hat allerdings gegen den Schluß der Kommissions-Verhandlungen den Vermögensvergleich als das Ziel und den Zweck der Militärvorlage erklarend anerkannt, ihn jedoch als ungenügend bezeichnet und nicht angegeben, in welcher Weise er etwa dem unabweislichen Bedürfnis genügend zu gestalten sein würde. Man wird abwarten haben, ob dies jetzt nachgeholt werden wird. Ueber den formalen Antrag Bennigsen hat in der letzten Sitzung der Kommission eine materielle Debatte eigentlich überhaupt nicht stattgefunden. Die offizielle Kritik, welche jetzt gegen die bekannte, den Vermögensvergleich behandelnde Broschüre gerichtet worden ist, bringt die Sache auch nicht weiter; vielmehr würde die Möglichkeit einer Förderung erst gegeben werden, wenn der Verfasser dieser Kritik nimmer selbst zu positiven Vorlesungen über die „Erweiterung“ und „Vertiefung“ vergeblich wollte. Die nationalliberale Fraktion des Reichstages würde alsdann natürlich die letzte sein, welche eine gewisse Prüfung derartiger Vorschläge von der Hand weisen würde. Daß indes auf diesem Wege ein positiver Abschluß des Militärgesetzes im gegenwärtigen Reichstage gewonnen werden sollte, ist sehr unwahrscheinlich. Wie die Dinge sich im Laufe des Winters entwickelt haben, ist anzunehmen, daß für ein von nationalliberaler Seite angebahntes Kompromiß die unentbehrliche Hilfe aus dem Zentrum jetzt nicht mehr zu haben ist. Es wird sich also fortan um die Frage handeln, ob die Regierung eine Verständigung mit dem Zentrum finden wird. Gelingt eine solche, so wird die nationalliberale Fraktion die betreffenden Vorschläge vorzubereiten prüfen und sich freuen, wenn sie denselben in voller Ueberzeugung von ihrer Nützlichkeit für das Wohl des Vaterlandes beitreten kann. Gelingt jene Verständigung nicht, so hat die nationalliberale Fraktion das Bewußtsein, mit dem Kompromißverfasser ihres Führers ihre patriotische Pflicht in einem Maße erfüllt zu haben, wie man es von ihr angesichts ihrer numerischen Schwäche im gegenwärtigen Reichstage gar nicht hätte verlangen können.

Auf Befehl des Kaisers begibt sich eine Abordnung des bayerischen Infanterie-Regiments Nr. 13, bestehend aus dem Kommandeur Obersten v. Biffing, dem Major und Stabsarzt von Schmelz, dem Premierlieutenant und Regimentsadjutanten v. d. Marwitz, zur silbernen Hochzeit des Königs von Italien nach Rom. König Humbert ist bekanntlich Chef des Regiments.

Der Zentralausschuß hiesiger kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine hat gemäß einem in seiner letzten Sitzung gefaßten Beschlusse an den Herrn Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, die den deutsch-russischen Handelsvertrag zum Gegenstand hat. In der sehr ausführlichen Eingabe werden unter voller Zustimmung zu der Handelsvertrags-Politik der Reichsregierung die Wünsche aufgeführt, welche die in dem Zentralausschuß vertretenen gewerblichen und industriellen Vereine unter Berücksichtigung des Gemeininteresses billigerweise hegen zu dürfen glauben.

Die Abgeordneten Dr. Eckels, Freyberg v. Plettenberg-Mehrum, Schmitz (Erlangen), von Tiedemann (Bonn) haben, unterstützt von zahlreichen Abgeordneten, im Abgeordnetenhaus den Antrag eingebracht: Das Hans der Abgeordneten wolle beschließen: „Die kaiserliche Staatsregierung zu ersuchen, den am 1. September 1891 verhängten Einfuhrzoll auf russische Waren mit ermäßigten Strecken (Staffeltarif) für Getreide und Mühlenfabrikate (Nachtrag 8 zum Zollgesetz vom 1. April 1890) schleunigst wieder aufzuheben.“ Gründe: Der Tarif hat eine sich von Tage zu Tage steigende schwere Schädigung der Landwirtschaft, der Wälderindustrie und des Getreidehandels in denjenigen Landesteilen herbeigeführt, welche ihre Absatzgebiete für Getreide und Mühlenfabrikate hauptsächlich im Westen und Süden von Deutschland haben.

Die Situation bezüglich der Steuerreform im Abgeordnetenhaus wird am tiefsten durch die Thatsache illustriert, daß der p. n. das ganze gesetzgebende Werk grundlegende des Aufhebungsgesetzes mit allen Stimmen gegen die der Deutschfreisinnigen nach verhältnismäßig kurzer Debatte angenommen worden ist. Der § 1

bestimmt nicht bloß, daß der Staat auf die Ertragsteuern voll verzichten, sondern auch daß der Verzicht in der Form der Aushöhlung der Besteuerung und nicht der Ueberweisung erfolgen soll. Dadurch ist der Grund für das gemeinsame gesetzgebende Werk auch insofern gewonnen, als damit und mit der Aufhebung der Vermögensabgabe die Höhe des Ausfalls für die Staatskasse auf mehr als 101 Millionen Mark und damit zugleich das Bedürfnis zu einer Ergänzung der vorhandenen Deckungsmittel festgestellt ist. Dieser Konsequenz wird sich das Abgeordnetenhaus nach seinen heutigen Beschlüssen weder entziehen können, noch entziehen wollen. Bezeichnend für den Gang der Verhandlung ist es ferner, daß der Herr Finanzminister in dieser wichtigen Frage nur zweimal zu verhältnismäßig kurzen Reden das Wort zu nehmen genötigt war. Die Ansichten, welche der Anfang der Verhandlungen über die Steuerreform bezüglich des Ausganges derselben eröffnet, sind daher so günstig als möglich.

Nach dem oben erwähnten Bericht der Staatsschuldenkommission über die Verwaltung des preussischen Staatsschuldenwesens im Rechnungsjahre vom 1. April 1891-92 belief sich die Staatschuld am 31. März 1892 auf 6 057 952 165 Mark 90 Pfennig. Sie hatte in dem Berichtsjahre um 365 033 372,83 Mark zugenommen. Neu ausgetilgt wurden im Berichtsjahre an 3/4-prozentigen Konsols 15 Millionen, deren Berechnung noch aussteht, und an 3-prozentigen Konsols 180 Millionen. Die letzteren haben einen Gesamterlös von 149 854 476,95 Mark ergeben. An Krediten liefen Ende 1892 noch 594 202 441,44 Mark und nach Abzug der auf dem Etat der Staatsschuldenverwaltung und der Eisenbahnverwaltung stehenden Prioritätsobligationen verbleibenden Eisenbahnen mit 170 778 509,57 Mark 423 423 931,87 Mark. Die hauptsächlichsten Posten, aus denen sich diese Summe zusammen setzt, entfallen mit 80,9 und 90,7 Millionen auf die Gesetze vom 10. Mai 1890 und 6. Juni 1892, welche beide die Erweiterung des Staatseisenbahnnetzes betreffen. Die Staatseisenbahnpfandbriefe beliefen sich am 31. März 1892 auf 5 601 228 399,65 Mark.

Durch die Zeitungen ging vor einigen Tagen die Meldung, daß es in der Absicht liege, für das Reichsamt des Innern eine zweite Direktorstelle zu schaffen. Die Mitteilung ist nicht ganz zutreffend insofern, als eine Entschließung nach dieser Richtung noch nicht stattgefunden hat. Die Erwägungen hierüber befinden sich vielmehr in den allerersten Stadien. Jedoch weist die Entwicklung, welche das Reichsamt des Innern innerhalb der letzten zwölf Jahre genommen hat, darauf hin, daß schließlich, ob bald oder erst später, die Entschließung für die Schaffung einer zweiten Direktorstelle wird ausfallen müssen. Seit ihrem Entstehen haben fast alle Reichsbehörden eine Ausdehnung erfahren, die bedeutendste aber wohl das Reichsamt des Innern. Ueber den Umfang dieser Erweiterung erhält man einen Ueberblick, wenn man die Handbücher des deutschen Reichs vom Jahre 1881 und 1893 mit einander vergleicht. In diesem Zeitraum von 12 Jahren ist schon außerlich die Entwicklung infolge erkennbar, als im Handbuche von 1881 26 Seiten genügt, um die Namen der Beamten des Reichsamts des Innern und der ihm unterstellten Behörden aufzuführen, während 1893 nicht weniger als 42 dazu nötig waren. Während im Jahre 1881 zum Reichsamt des Reichsamts des Innern 13 Behörden zählten, hatte sich deren Zahl im Jahre 1893 auf 18 vermehrt. Völlig neu sind dem genannten Reichsamt seit 1881 zugezogen: Die Zentraldirektion der Monumenta Germaniae historica, das Reichs-Versicherungsamt, die physikalisch-technische Reichsanstalt, die Baubehörde für den Nordostkanal und die für das Reichsstaatsgüteramt. Das frühere Reichs-Schiffs-Verwaltungs-Inspeltor hat sich in das Schiffs-Verwaltungsamt und das Reichs-Inspeltor für das Seewesen geteilt. Unter diesen nun dem Reichsamt unterstellten Behörden zählt das Reichs-Versicherungsamt allein 110 Mitglieder und 119 Verwaltungsbeamte. Wie sehr sich die schon früher dem Reichsamt unterstellten Behörden erweitert haben, zeigt am besten die Zunahme, welche das Patentamt erfahren hat. Im Jahre 1881 zählte dasselbe 89 Mitglieder oder Beamte, im Jahre 1893 dagegen 167, also fast das Doppelte. Eingezogen von dem früher zum Reichsamt des Reichsamts des Innern gezählten Behörden ist die sogenannte Reichs-Kommission, welche mit der Aufhebung des Sozialistengesetzes ihre Tätigkeit einstellte. Was die Zentralstelle selbst betrifft, so hat sich in dem genannten Zeitraum die Anstellung eines Direktors für die erste Abteilung als notwendig herausgestellt. Auch hier ist der Beamtenapparat stark gewachsen. Sehen wir von den vortragenden Räten und Hilfsarbeitern ab, so hat sich die Zahl der übrigen Beamten im Sekretariat, Registratur und Kanzlei von 40 auf 60 erhöht.

Der „Politischen Korrespondenz“ wird aus Petersburg geschrieben: „Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die Nachricht von der Verheiratung des Prinzen Ferdinand von Rußland mit einer Tochter des Herzogs von Parma in Rußland mit höchstem Unbehagen aufgenommen wurde, und daß man in manchen Kreisen es nicht für unmöglich angesehen hatte, dieses Heirathsprojekt durch die bestimmten Ringegebenen der russischen Regierung zum Scheitern zu bringen. Nunmehr, wo die Vermählung des Prinzen Ferdinand mit der Prinzessin Marie Louise von Parma als unumkehrbar erscheint, beobachten die amtlichen russischen Kreise, sowie die Presse den bevorstehenden Ereignissen gegenüber eine gleichmüthige Ruhe, um durch die zur Hand getragene Indifferenz darzutun, daß der Heirath des Prinzen in Rußland keine große Tragweite beigelegt werde. Keinesfalls wird dieses Ereignis in der Haltung der russischen Regierung gegenüber der bulgarischen Frage irgend eine Änderung herbeiführen, geschweige denn die Anerkennung des Prinzen Ferdinand als Fürst von Bulgarien zur Folge haben. Auch ist in den Petersburg Regierungskreisen fest überzeugt, daß auch keine andere europäische Macht daran denken könnte, die Verantwortung für eine so offenkundige Verletzung des Berliner Vertrages auf sich zu nehmen, als es die Anerkennung des Prinzen Ferdinand wäre. Man hegt ferner die Hoffnung, daß kein europäischer Hof Rußland gegenüber so rückwärts sein werde, den Prinzen Ferdinand offiziell zu empfangen und ihm offizielle

Audienzen zu gewähren. Was die Audienzen privaten Charakters betrifft, die der Prinz etwa erhalten sollte, scheint man in Petersburg im Vorbeigehen entschlossen, sich darüber nicht aufzuhalten, und derartige Vorgänge höchstens als symptomatisch für die Dispositionen der betreffenden Regierung anzusehen.“

Es ist nicht recht ersichtlich, weshalb der offizielle Empfang des Fürsten Ferdinand an irgend einem Hofe eine Rücksichtslosigkeit gerade Rußland gegenüber bedeuten soll. Rußland ist doch nicht mehr als irgend eine andere Signalmacht Wächter des Berliner Vertrages; wenn also die Anerkennung des Fürsten Ferdinand seinen Vertrag verletzt, so richtet sich das gegen Rußland nicht mehr wie gegen Italien oder Frankreich. Als thätlicher Regent ist übrigens Fürst Ferdinand allgemein anerkannt worden, zunächst vom Sultan.

**Posen, 13. April.** Der Ober-Baudirektor Franziskus in Bremen wurde vom Kaiser zum Mitglied der Immediatkommission für die Bearbeitung des Projektes der Wartburg-Eisenbahn, welche Ueberführungen in der Stadt Posen veranlassen soll, ernannt.

**Mannheim, 13. April.** Die offizielle „Badische Korrespondenz“ warnt in einem offenbar von der Regierung inspirierten Artikel vor der Uebertragung der Befreiung des „Bundes der Landwirthe“ nach Baden, da der Bund die konservativen politischen Bestrebungen verwerde, welche überdies die Hauptsache bilden.

### Oesterreich-Ungarn.

**Wien, 13. April.** Nach den heutigen Ergänzungsarbeiten zum Gemeinderath bleibt der Vorschlag der Liberalen und der Antiliberalen aufrecht erhalten, nur in dem Wahlbezirk Währing, den bisher ein zweiter Antiliberaler vertrat, hat eine Stichwahl zwischen dem liberalen und dem antiliberalen Kandidaten stattgefunden.

**Prag, 13. April.** Amtlich wird aus Kolin gemeldet: Die Aufhebungen wiederholten sich gestern Abend in größerem Umfang. Die Wachmannschaften wurden mit Steinen beworfen und verwundet, ebenso wurden viele Fenstersteine eingeschlagen. Schließlich wurden aber die Tumultuanten verjagt und 18 Personen verhaftet. Vorherrscher ist militärischer Beistand erbeten worden.

**Prag, 13. April.** Aus Kuttnerberg ist ein Infanteriebediensteter in Kolin eingetroffen; trotz der noch anzuerkennenden Gährung gilt die Gefahr einer Erneuerung der Exzesse für beseitigt.

### Belgien.

**Brüssel, 13. April.** Nach Meldungen, welche Abends aus Mons hier eingegangen sind, hätten 3000 Ausländer in Quagnon in einer Straße Barrikaden errichtet. Patrouillirende Gendarmen hätten mehrmals auf die Menge Feuer gegeben. Ein Gendarm, welcher vom Pferde gestürzt sei, wäre entführt und grauam mißhandelt worden. Sechs Ausländer, darunter ein Verunmündeter, seien verhaftet worden. Eine Schlägerei, deren Anführer Stride zum Heßler der Verhafteten hergegeben habe, sei geplündert worden.

### Frankreich.

**Paris, 13. April.** Der Ministerialrath beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Budget für 1894, welches 151 Millionen neue Ausgaben aufweist. Dieselben setzen sich wie folgt zusammen: 91 Millionen, welche aus den Garantien für die Zinsen der Eisenbahnen und dem Steuererlös für die Eisenbahnen betragen; 20 Millionen für das Marineministerium, 17 Millionen für das Kriegsministerium und 23 Millionen für die Anwendung der neuen Gesetze. Es dürfte unmöglich sein, vermittelst Erparnisse das Gleichgewicht im Budget zu sichern. Der Finanzminister betrat sich mit der Prüfung der Frage beschäftigt, ob nicht darauf zu verzichten sei, in das ordentliche Budget die außerordentlichen Ausgaben für Krieg und Marine aufzunehmen, an deren Stelle oder der Lage gerecht werden durch Verwendung der 170 oder 180 Millionen, welche sich aus der für Ende des Jahres in Aussicht genommenen Konversion der 4-prozentigen Rente ergeben würden.

**Paris, 13. April.** Der Ministerialrath genehmigte die Entschließung des Kriegsministers, eine Untersuchung über die Beziehungen einzuleiten, welche Turpin seiner Zeit in der Militäraffaire zu dem Kriegsministerium hatte.

**Paris, 13. April.** Im ersten Trimester betrug der Werth der Einfuhr 997 Millionen gegen 1423 Millionen, der Werth der Ausfuhr 809 Millionen gegen 790 Millionen im Vorjahre.

### Italien.

**Rom, 13. April.** Der Verein italienische Presse wird am 23. April Abends zu Ehren der hier anwesenden ausländischen Journalisten einen großen Empfang veranstalten.

Kaut Turiner Depeschen veröffentlicht heute der offizielle „Piemontese“ einen Artikel gegen die fortwährenden Fehler der österreichischen Politik gegen die Italiener. Wenn Graf Taaffe die Gefühle der Triestiner mehr schonte, so würden nicht nur viele Schwierigkeiten der inneren, sondern auch gewisse Wunden der äußeren Politik zu Gunsten des Dreieiniges schwinden.

**Rom, 13. April.** Der hiesige Polizeidirektor erhielt heute genaue Anweisungen für die Festsetzung aller Kommissare, die am 1. Juni, zum Theil deutsch, französisch und englisch sprechende, vermehrt werden sind. Fürst Ferdinand von Bulgarien, der unter dem Namen „General Nicolaew“ reist und etwas leidend aussteht, trat heute Vormittag mit einem Gefolge von vier Personen auf Station Pietrasanta ein, wo Equipagen des Herzogs von Parma ihn erwarteten. Auf halbem Wege, zwischen Pietrasanta und Villa Pianore, begegnete ihm der Herzog. Beide stiegen aus und umarmten sich und setzten dann die Fahrt in einem Wagen zusammen fort. Nach dem Frühstück in der Villa Pianore, an dem das herzogliche Paar, das Infantin Marie, der Infantin Marie, die Gräfin Vardi und das Gefolge theilnahmen, feierte der Fürst nach Florenz zurück. Die Hochzeit findet am 20. April statt. Man spricht von der Möglichkeit eines kurzen Besuchs der Königin Viktoria in Rom.

### Großbritannien und Irland.

**London, 13. April.** (Unterhaus.) Der Schatzkanzler Harcourt erklärt, die Vorlegung des

Budgets werde nach Schluß der zweiten Lesung der Home-Bill erfolgen. Der Parlamentssekretär des Kolonialamts Dutton erwidert auf eine Anfrage, der Gouverneur des Kaplandes Loch treffe mit dem Präsidenten der Transvaal-Republik Krüger am 18. d. Mts. zusammen. Die Fortdauer der Konvention betrefte des Swasilandes oder deren Abänderung hänge von dem Ergebnis dieser Konferenz ab. Die Regierung habe keine Kenntnis davon, daß die Konvention gekündigt worden sei. Der Staatssekretär des Krieges Campbell-Bannerman erklärt, nach Inkrafttreten der Home-Bill werde das Heer wie bisher dem Oberbefehlshaber unterstellt bleiben. Nur werde der Befehl der Befugnis erhalten, Truppen zur Unterstützung der Zivilgewalt anzuwenden. Eine Pflicht des Heeres werde es wie bisher sein, jeden bewaffneten Aufruhr, wenn immer denselben hervorgerufen habe, niederzuwerfen. Balfour richtet an Campbell-Bannerman die Frage: „Und das Urtheil über den Gebrauch dieser Pflicht steht dem von einem irischen Ministerium beratenden Befehlshaber zu?“ Campbell-Bannerman wünscht, daß die Anfrage vorher angezeigt würde. Auf eine Anfrage erklärt der Parlamentssekretär des Auswärtigen, Gresh, die Regierung habe keine Nachrichten von jüngst vorgemachten Ermordungen von Armeniern, jedoch seien zahlreiche armenische Unterthanen der Pforte unter der Auflage des Auftrags verhaftet worden. Die diesbezüglichen Angelegenheiten hätten keine Information ergeben, die Regierung habe nur die allgemeine Versicherung erhalten, daß allen Armeniern Amnestie gewährt werden solle, ausgenommen diejenigen, welche beschuldigt werden, das Anschlagen von Plakaten veranlaßt zu haben; diesen letzteren aber solle ein billiges Verhör gesichert werden. Die Regierung beabsichtige nicht, eine Konferenz der Mächte über die Lage der armenischen Unterthanen der Pforte vorzuschlagen. — Die Frage Laboucheres, ob die Home-Bill nicht morgen zum Abschluß gebracht werden könne, verneinte der Premier Gladstone, so sehr er eine Beschleunigung und einen Abschluß der Debatte auch wünsche; er hoffe, die Redner würden ihre Reden möglichst kürzen.

**London, 13. April.** Unterhaus. Bei der fortgesetzten Debatte über die zweite Lesung der Home-Bill erklärte John Redmond, die Bill sei ein Kompromiß zwischen den früheren Forderungen Irlands und den Zugeständnissen, zu welchen sich England bereit gefunden habe. Niemand könne eine Maßregel als eine entgeltliche, für alle Zeiten gültige ansehen. Die schließliche Lösung des Problems liege in der Richtung der Föderation, aber er und seine Freunde acceptirten die Vorlage ernstlich zu billigen, erklähren und aufrichtigem Sinne und in der Hoffnung, daß das letzte Kapitel von dem englischen Drucke und dem irischen Widerstande dadurch sein Ende gefunden habe. Die Details seien bei der Einzelberatung zu verhandeln.

**London, 13. April.** Obwohl die Hafenarbeit in Hull mittelst freier Arbeiter rüffig von Statten geht, herrscht doch in Hull eine starke Gährung. Der Sekretär der Dockarbeiter, Wilson, betreibt in anderen Häfen eine rührige Agitation. In Liverpool forderten die Beamten des Seemanns-Heizvereins die Räder auf, die Dampfschiffe abzuschaffen, widerstandslos am Montag der Streit begonnen werden würde.

### Rußland.

**Petersburg, 12. April.** Die Nachricht von der Reform der Passports in Rußland wird allgemein wie eine Erleichterung wirken. Die russischen Passports stammen aus der Zeit der Leibeigenschaft. Peter der Große erließ, daß er ein regelmäßiges Eingehen der Stenern herbeiführen wollte, im Jahre 1719 ein Ulas, welcher Jedermann verbot, ohne Erlaubnißschein von Dorf zu Dorf und von Stadt zu Stadt zu ziehen. Noch heute kann man seine Wohnung selbst in der gleichen Straße nicht ändern, ohne seinen Passports zur zweimaligen Besichtigung der Polizei zu schicken, und zwar das erste Mal bei dem Auszug aus der früheren, und das zweite Mal nach dem Einzug in die neue Wohnung. Es giebt Leute, welche ihr Leben damit zubringen, die Passports zur Besichtigung zu tragen und zurückzubringen, eine Beschäftigung, welche eine große Genuß erfordert, denn oft muß man stundenlang auf der Polizei warten, so groß ist der Andrang der ihre Passports vorzulegenden Leute. Die Situation der verheiratheten Frauen ist in Bezug auf diese Passports ähnlich derjenigen der ehemaligen Leibeigenen. Der Ehegatte muß den Passports seiner Frau geben, ohne welchen es dieser unmöglich ist, die kleinste Reise zu unternehmen. Da die Scheidung in Rußland äußerlich kostspielig und in den meisten Fällen sehr schwer zu erreichen ist, so benutzen die Ehefrauen ihre Situation und man kennt Frauen, welche ihre Passports mit der Hälfte ihres großen Vermögens bezahlt haben.

Die Missethäter, welche den Nomadencharakter ihrer Verfahren beibehalten haben, verschwinden gewöhnlich im Frühling zur Zeit der Steuerentrichtung aus ihren Dörfern und der Steuerentnehmer hat das Nachsehen. Da der Wir (eine Art Gemeinderath) für die schuldigen Steuern dieser Nomaden verantwortlich ist, so wird denselben in den allermeisten Fällen der Passports strikte verweigert, es sei denn, daß sie sich dazu verpflichten, die Steuern im Voraus zu bezahlen, was nach den letzten Nothjahren für die Leute eine sehr schwierige Sache ist.

Die Passports dienen der Polizei auch zur Ueberwachung von „wenig sicheren“ Leuten, wie der russische Ausdruck lautet. Die Abenteuer und Verbrechen haben nun in ihrer That gewöhnlich eine Anzahl verschleierte, in vollkommener Ordnung befindlicher Passports. Arton, den die Pariser Polizei schon seit bald einem Jahre sucht, hat den Beweis geliefert, mit welcher Leichtigkeit man sich in slavischen Ländern einen Passports verschaffen kann.

In Rußland giebt es keine, von den großen Verbrechen weit abliegende Städte, wo durch eine seltene Fügung fast kein Mensch stirbt. Die Polizei hat nun allerdings etwas spät entdeckt, daß in diesen Städten ein Handel mit toten Seelen getrieben wird. Die Passports der Verstorbenen werden nämlich ganz einfach durch Händler verkauft, welche sie mit Nutzen wieder an solche verkaufen, welche einen falschen Passports bedürftig haben. Ein früherer Polizeichef von St. Petersburg hat zugehört, daß die Passports, anstatt bei den Nachbarn der Polizei dienlich zu sein, nur Verwirrungen herbeiführen.

In der That wird ein Mann viel schneller gefangen, wenn er gar keine Identitätspapiere bei sich führt. Andererseits wird z. B. ein Mann, welcher sein Passports verloren hat, mit Gewalt nach seinem Heimatdorf zurückgebracht, welches oft mehr als 1000 Meilen von dem Ort, wo er arbeitet, entfernt ist.

Die Lösung der Frage der Passports ist nun glücklicherweise sehr nahe; allerdings hat es lange genug gedauert. Allein Rußland ist und bleibt eben das Reich, wo die Reformen mit einer unglaublichen Langsamkeit vollzogen werden, um einen eventuellen Schaden in Folge allzu rascher Veränderungen zu vermeiden.

### Afrika.

Zur Ausdeutung des nordwestlichen Theiles von Kamerun hat sich hier ein Kamerun-Komitee gebildet. Die Konstitution einer eigenen Gesellschaft macht aber Schwierigkeiten, weil, wie gewöhnlich, die nötigen Kapitalien in Deutschland nur schwer aufzubringen sind. Das Komitee hat sich deshalb mit einem Gesuche an die deutsche Kolonial-Gesellschaft gewandt. Diese letztere hatte nun einen Ansuchen eingekauft, der die Grundlagen des geplanten Unternehmens prüfen sollte. Nach den erhaltenen Auskünften hat nun der Referent, General v. Tiedemann und Logischen beantragt, dem Komitee eine Unterstützung von 10000 Mark zu gewähren, diese Summe aber erst zu zahlen, wenn die Ausführung der beabsichtigten Expedition gesichert ist. Der geführte Ansuchen der deutschen Kolonialgesellschaft hat diesen Antrag genehmigt.

### Skizzen aus dem Anarchisten-Projekt.

**Paris, 12. April.** Die Debatten, welche gestern Nachmittag gegen Francois, genannt Francis, Vricou und das Mädchen Delange als Komplizen bei der Explosion des Restaurants Vercy begannen, haben nur ein mäßiges Publikum interessiert. Der größte Theil der Zuhörer bestand aus Geheimpolizisten, deren im Ganzen 75 das Innere des Instipalais bewachen. 50 weiteren Polizeibeamten in Uniform oder in Zivil ist die äußere Bewachung des Gebäudes anvertraut. Vor der Sitzung beschäftigte sich das Publikum besonders mit dem Angeklagten. Vricou ist ein melancholisch aussehender, großgewachsener Arbeiter, mit langen, blonden Haaren, welchem man den Anarchisten nicht anmerkt. Er ist sehr zähm und antwortet mit leiser, beschwerender Stimme auf die Fragen des Präsidenten. Er hatte früher eine vorzügliche Stellung, verdiente 6-7 Franks im Tag, und scheint mehr aus Langeweile oder Uebermuth in Anarchismus gemacht zu haben, was ihm allerdings sehr abel aufstößt.

Eine ganz andere Physiognomie ist Francis; mit seinen dichten, kurz gestochten Haaren, seinem blassen, mageren und energischen Gesicht und seinen kleinen blühenden Augen giebt er ein richtiges Bild von einem überzeugten Anarchisten und Anhänger der Propaganda der That. Francis ist äußerst korrekt gekleidet und legt eine große Etiket in Tage. Offenbar nervös von Natur, macht er sich mit seiner Nervosität noch interessanter. Seine Art zu reden, gleicht aufs Haar derjenigen aller bisher vor Gericht verurtheilter Anarchisten, welche ihre Verbrechen mit Theorien zu beschönigen suchen. „Ich bin, — so erklärte Francis auf eine Frage des Präsidenten — Anarchist; ich bin, ich kann es ohne Etiketell sagen, Anarchist wie der Fürst Krapotkin, wie Eisee Reclus und andere.“

Das Mädchen Delange, die Maitresse Vricous, die „Rothke“, wie man sie in den anarchischen Volksversammlungen nannte, ist eine kleine dicke Person mit rothem Gesicht und rothen Haaren. Sie hat das Aussehen einer Köchin, dagegen sehr wenig von einer überzeugten Anarchistin. Der Präsident erlaubt ihr bisweilen die Sitzungssaal zu verlassen, um ihr kleines Kind in einem Nebenzimmer zu stillen. Auch sie spielt fast vor Etiketell. Sie trägt ein rothes Kleid und einen Hut mit abschaulichen grünen Federn garnirt, was der ganzen Persönlichkeit ein überaus lächerliches Aussehen giebt. Wenn sie nun in diesem Kostüm gar noch spricht und anarchische Ideen entwickelt, so kann sich der Ernst des Zuhörerraums des Saals nicht erwehren. Allein wie im Panamaprojekt, so fehlt auch in diesem der Hauptangeklagte. Memier — „un homme sérieux“ nach dem Ausdruck Vricous, welcher mit ziemlicher Bestimmtheit das Dynamitantat gegen das Restaurant Vercy begangen, — ist nicht anwesend, und alle Anmerkungen der Behörden konnten den Verbrecher nicht ansindig machen.

Unter den Zeugnissen zeigte man sich hauptsächlich den Kellner Sherot, welcher bekanntlich die Verhaftung Ravachols ermöglichte, und welchem vor allem das Attentat gegen das Restaurant Vercy gezeihen hat; er ist ein lang aufgeschossener, junger Mann von kaum 30 Jahren, welchem man im Gesicht ansieht, daß das Attentat selbst und die darauf folgende Angst vor der Rache der Anarchisten sich seinem Geiste unauflöslich eingeprägt hatten. Die Frau des unglücklichen Vercy macht ebenfalls einen äußerst beklagenswerthen Eindruck. In der ersten Sitzung, welche ganz durch das Kreuzverhör der 3 Angeklagten eingenommen wurde, suchte der Präsident vor allem die Thatsache festzustellen, daß die Angeklagten das bei der Explosion im Restaurant Vercy verwandte Dynamit bei sich aufgehoben und kurz vor dem Verbrechen an Memier abgeliefert hätten. Francis leugnet Alles von Stumpf und Stille, er behauptet mit hochtrabenden Worten, man wolle ihn zu Grunde richten, weil man in ihm einen für den Staat sehr gefährlichen Anarchisten sehe, und stellt die ihn belastenden Aussagen seiner Mitangeklagten als Anklage der Rachegefühle gegen ihn dar. Das Mädchen Delange und Vricou suchen sich dagegen dadurch zu entlasten, daß sie Francis die Verantwortlichkeit für alles in die Schuhe zu schieben suchen. Ursprünglich nahm die Delange eine freche Haltung an, änderte jedoch ihr Betragen, als sie sah, daß Vricou seinerseits alles eingestand und Francis als Hauptführer beschuldigte. Ihre Haltung gab während der Verhandlung zu verschiedenen äußerst humoristischen Szenen Anlaß. Als z. B. Francis leugnete, an einem gewissen Abend mit Vricou und der Delange gewesen zu haben, schaltete die Delange eine



